

Versorgungslage bei Öl könnte knapp werden

Opec-Konferenz beschließt Beibehaltung der Fördermengen

(EÖD) Wie es mit dem Ölpreis weitergeht, darüber scheiden sich die Geister. Österreichs OMV-Chef Wolfgang Ruttenstorfer spricht immer wieder davon, dass es wieder zu Preisen von 30 und 40 Dollar kommen werde, auch der Vorstandschef des britischen Ölriesen BP John Browne rechnet in den kommenden Jahren mit einer Entspannung auf den Ölmärkten. Die drastisch gestiegenen Ölpreise begründet der Chef des zweitgrößten börsennotierten Ölkonzerns der Welt vor allem damit, dass Investoren an der Sicherheit des Ölangebotes aus Ländern wie Venezuela, Bolivien, Nigeria oder Irak zweifeln. „Lagerhaltung und Nachfrage sind heute ungefähr so hoch wie vor zwölf Monaten, aber der Preis ist 25 Prozent höher. Der Grund sind allein geopolitische Sorgen. Die hohen Preise wiederum ließen die Leute glauben, dass der Rohstoff knapp werde. Tatsächlich aber geht das Öl nicht aus.“

Dieser Optimismus ist bei einer genaueren Analyse allerdings nicht leicht verständlich. Da gibt es einerseits Unwägbarkeiten politische Natur, wir wissen nicht was die Hurrikans bringen werden, aber auch über die Frage der derzeit vorhandenen Reservekapazitäten scheiden sich bereits die Geister. Es ist immer wieder die Rede davon, dass die Opec-Länder zumindest 2 Mio. Fass pro Tag noch zusätzlich in der Pipeline hätten. Es dürfte sich dabei um eine theoretische Größe handeln, wobei es auch Meldungen gibt, dass diese Größenordnung sowieso schon abgerufen worden ist. Nehmen wir einmal an, dass es diese Reserven wirklich gibt, so heißt das trotzdem, dass der Reservepuffer in den letzten Jahrzehnten drei bis fünfmal höher gelegen ist. Aber es scheinen nicht nur freie Fördermengen zu fehlen, auch bei der Verarbeitung gibt es Engpässe. Die USA sind

nicht in der Lage genügend Kraftstoffe herzustellen, und kaufen daher zeitweise stark europäische Überkapazitäten bei Treibstoffen auf. Das erhöht die Preise.

Aber nicht nur die derzeitigen Grenzen der Opec geben Anlass zum Nachdenken, sondern auch die Zuwächse bei den Non-Opec-Förderländern wurden überschätzt. Die Internationale Energieagentur rechnete etwa für 2005 mit einem Zuwachs

Aus dem Inhalt:

- Seite 3 – OMV will Gaskraftwerke bauen
- Seite 5 – Kampf um den deutschen Gasmarkt
- Seite 6 – Deutsche streiten um Biodiesel-Steuer
- Seite 10 – China erhöht Benzinpreis

der Förderung in diesem Bereich von einer Million Barrel pro Tag, was aber nicht stattfand (Hurrikans, politische und technische Verzögerungen). Für heuer soll der Non-Opec-Anteil bei der Förderung um 1,2 Mio. Fass ansteigen, aber schon jetzt wird ein Drittel dieses Zuwachses als gefährdet angesehen. Der Weltkonsum soll 2006 um 1,5 Mio. pro Tag ansteigen, also kann dieser in der Spitze nur durch die Opec ausgeglichen werden.

Opec lehnt Förderkürzungen ab

Markt überversorgt aber es gibt Versorgungsängste

Bei der jüngsten Opec-Konferenz in der Vorwoche in Venezuela wurde vereinbart, die Liefermengen einmal auf dem derzeitigen Stand zu lassen, wiewohl Venezuelas Präsident Hugo Chavez im Vorfeld darauf drängte Kürzungen vorzunehmen. Führende Mitgliedstaaten der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) haben diesen Vorstoß des venezolanischen Präsidenten zur

Drosselung der Fördermengen zurückgewiesen. Die Minister waren nach Angaben von OPEC-Sprecher Omar Ibrahim zwar übereinstimmend der Ansicht, dass der Markt mit Öl "überversorgt" sei, angesichts "der hohen und unberechenbaren" Preise und der "Versorgungsängste" in Teilen des Handels habe man sich jedoch entschlossen, die Fördermengen unverändert zu lassen. Gegenwärtig fördern die elf OPEC-Mitgliedsländer zusammen die Rekordmenge von rund 30 Mio. Barrel (159 Liter) pro Tag (wenn das stimmt wären die Reserven bereits weitgehend ausgenutzt). Nach Angaben Ibrahims werde die OPEC-Führung die Entwicklung der Preise in den kommenden drei Monaten "sorgfältig beobachten".

Irans Ölminister Kasem Wasiri-Hamaneh meinte bei dieser Gelegenheit, das Kartell wolle versuchen, die Fluktuationen der Ölpreise zu begrenzen. Die OPEC-Mitglieder seien wegen der Ölpreise besorgt. Die Nachfrage sei höher als das Angebot. Zudem sei Washington wegen seiner Drohungen gegen den Iran auch am Preisanstieg schuld. Iran ist nach Saudi-Arabien das zweitgrößte Ölförderland innerhalb der OPEC und produziert derzeit rund vier Mio. Barrel pro Tag. Sollte es zu einem Ausfall des Iran als Öllieferant kommen, würden die derzeitigen Reserven jedenfalls bei weitem nicht ausreichen.

Sollte der Atomstreit wirklich in Strafmaßnahmen münden, muss die Führung in Teheran keinerlei Verbot ihrer Erdölexporte befürchten. Der Iran ist der viertgrößte Exporteur von Rohöl weltweit. Die größten Einzelabnehmer von iranischem Erdöl sind mit weitem Abstand Japan mit mehr als 18 Prozent vor der Veto-Macht China mit knapp zehn Prozent. Die USA führen überhaupt kein iranisches Rohöl ein. Die fünf größten Exporteure in die USA sind die Nachbarländer Kanada und Mexiko sowie Saudi-Arabien, Venezuela und Nigeria. Die US-Regierung ist sich auch absolut sicher, dass der Iran bei einem Einsatz der "Ölwaffe" selbst darunter leiden würde. Der iranische Haushalt hänge zu 80 Prozent von Ölexporten ab. Außerdem bietet der Iran nach Expertenmeinung eine Achilles-Ferse. Teheran hat unzureichende Raffinerie-Kapazitäten und muss deshalb unter anderem Benzin einführen. Diese Benzin-Importe machen pro Jahr zwischen 2,3 bis 3 Mrd. Euro aus. 60 Prozent davon liefere die europäi-

sche Vitol-Gruppe. Sollte das Ausland den Benzinhahn abdrehen, seien Benzinverknappung und Preissteigerungen im Iran unausweichlich.

Neue Ölfelder sind teuer

Wachstum in Russland geht stark zurück

Stellt sich die Frage, welche neuen Reserven es in Zukunft geben wird. Sicher ist jedenfalls, dass der Aufschluss neuer Ölfelder in den Non-Opec-Ländern teuer und nur mit Verzögerungen zustande kommen kann. Russland, das in den letzten Jahren bei der Ölförderung kräftig zugelegt hat, kann dieses Tempo nicht mehr halten, heuer wird es gerade einmal ein Plus von drei Prozent geben.

Bleiben noch die Opec-Staaten. Hier ist viel von neuen Plänen zu hören. Ausländische Firmen erhalten dabei aber nur begrenzten Zugang zu kostengünstigen Vorkommen. Erschwerend ist dabei, dass private Konzerne zwar einen Know-how-Vorsprung hätten, diesen aber nur in beschränktem Ausmaß nutzen könne, weil staatliche Firmen 85 Prozent aller weltweiten Förderprojekte kontrollieren.

Aber es tut sich doch einiges. So will etwa Kuwait bis zum Jahr 2020 49 Mrd. Dollar in seine Öl- und Gasindustrie investieren und seine Ölförderung von 130 Mio. Tonnen auf 200 Mio. steigern. Für 6,3 Mrd. Dollar soll eine neue Raffinerie mit einer Kapazität von 30 Mio. Jahrestonnen gebaut werden.

So weit so gut. Ein besonderes Problem ist, dass die kräftig gestiegenen Ölpreise zwar in Europa und den USA dämpfend auf die Nachfrage wirken, in wichtigen Wachstumsländern findet dieser marktwirtschaftliche Prozess allerdings nicht statt, weil auf diesen Märkten die Preise subventioniert werden. Dazu zählen etwa China, wo man jüngst einen bescheidenen Versuch gestartet hat, die Preise etwas anzuheben (siehe auch nachstehenden Artikel), und Venezuela, wo Benzin nach wie vor nur 3 Cent kostet, Diesel sogar nur 1,5 Cent. Unter diesen Voraussetzungen ist nur sehr schwer vorstellbar, dass es kurzfristig zu dramatischen Preissenkungen kommen kann. Sollten aber alle geplanten Investitionsvorhaben – wobei einige Experten bereits heute schon Überkapazitäten an die Wand malen - zum Tragen kommen,

und auch die Substitution durch Biokraftstoffe sich verstärken, kann auch die Preisfront wieder abbröckeln.

Angst vor neuer Hurrikansaison

Betroffenen Region fehlen noch 20 % der Kapazität

Aber nicht politische Krisen könnten dafür sorgen, dass der Ölpreis hoch bleibt, auch der Beginn der Hurrikansaison in der Karibik könnte wieder für einige Unruhe sorgen. Experten gehen davon aus, dass auch heuer wieder bis zu sechs Stürme für eine massive Gefährdung der Ölanlagen sorgen werden. Dabei arbeitet die Branche nach den verheerenden Wirbelstürmen des vergangenen Jahres immer noch 20 Prozent unter ihren Kapazitätsmöglichkeiten. Nothilfen sind bereits geplant, doch ihre Umsetzung ist vor allem in der 2005 weitgehend zerstörten Stadt New Or-

leans schwierig. Die Wirbelstürme Katrina und Rita, die im vergangenen Sommer die Küste im Golf von Mexiko zerstörten, verursachten an der regionalen Energie-Infrastruktur Schäden in Höhe von 18 bis 31 Mio. Dollar, schätzt der US-Kongress.

Dabei wurden die Anlagen auf See vergleichsweise wenig in Mitleidenschaft gezogen. Von rund 4000 Bohrseln im Golf von Mexiko wurden 113 durch die Stürme zerstört - die meisten waren allerdings ohnehin veraltet und hätten neuen Richtlinien nicht mehr genügt. Aber auch neue, hochmoderne Inseln wurden schwer beschädigt. Die Riesenanlage "Mars" von Shell nahm erst im Mai die Förderung wieder auf.

Insgesamt dürfte die Offshore-Produktion jedoch nicht zu sehr gelitten haben. Ein größeres Problem ist aber die Infrastruktur an Land, vor allem die Raffinerien. ■

Meldungen Österreich

OMV will Gaskraftwerke bauen

Gazprom kommt als Aktionär nicht in Frage

(EÖD) Die OMV will auch ohne Fusion mit dem Verbund weiter in Richtung integrierter Energiekonzern gehen, Gaskraftwerke bauen und schließt auch einen Einstieg in die Wasserkraft nicht aus. „Mit dem Verbund-Merger hätten wir einen Abkürzer genommen“, sagte OMV-Chef Wolfgang Ruttenstorfer in der Vorwoche bei einem Auftritt vor der "Österreichischen Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management" (ÖVFA).

Die OMV werde künftig nicht nur neue eigene Gaskraftwerke bauen wie demnächst in Rumänien, sondern sich auch stärker bei Themen „Biofuels“, Biogas und Absonderung und Lagerung von Kohlendioxid engagieren. Die OMV möchte ein integrierter Energiekonzern werden, der auf allen Wertschöpfungsstufen präsent sei, dies sei eines von drei übergeordneten strategischen Zielen, sagte Ruttenstorfer.

Der fortgesetzten politischen Diskussion um den Merger räumt er wenig Realitätsgehalt ein. „Es

war klar, dass die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen. Das ist nicht der Fall. Damit hat sich das Problem für uns erledigt.“

„Alles was unsere Aktionärsstruktur mit zwei Großaktionären oder einen free float von mehr als 50 Prozent in Frage stellt, ist für uns ein ‚No Go‘“, erklärte Ruttenstorfer. Dies sei auch in der Diskussion rund um die Fusionspläne mit dem Verbund erkennbar gewesen. Die OMV brauche einerseits „das Kapitalmarktexposure und die Stabilität von zwei Großaktionären“.

Der noch bis 2010 laufende Syndikatsvertrag zwischen ÖIAG und der International Petroleum Investment Company (IPIC, Abu Dhabi) soll nach jüngsten Meldungen bis 2016 verlängert werden. Die OMV bleibe damit ihren Kernaktionären treu. ÖIAG und IPIC sind seit 1994 Partner beim Ölkonzern und haben ihre Anteile syndiziert. Größter OMV-Eigentümer ist mit 31,5 Prozent die Staatsholding ÖIAG, die IPIC hält 17,6 Prozent. 50,9 Prozent der OMV-Anteile befinden sich in Streubesitz.

Ruttenstorfer bezeichnete die Rolle des Großaktionärs IPIC (Abu Dhabi) als wesentlich für die Entwicklung der OMV.

Abu Dhabi habe sowohl das cost cutting in den Neunzigerjahren als auch in Expansionsphase der vergangenen Jahre uneingeschränkt unterstützt. Spekulationen, wonach die Gazprom nach Auslaufen des Syndikatsvertrags ÖIAG-IPIC als Aktionär bei der OMV einsteigen könnte, hätten „absolut null“ Realitätsgehalt, meinte der OMV-Chef. Der russische Energieriese wolle zwar in den Westen expandieren, habe dabei aber anders positionierte Unternehmen als die OMV im Auge.

Bekräftigung der Unternehmensziele

Verbrauch bleibt zurück, Kapazitäten nehmen zu

Ruttenstorfer bekräftigte vor den Finanzanalysten die schon vor den Verbundplänen bekannt gegebenen strategischen und finanziellen Unternehmensziele für 2010. Mittelfristig rechnet die OMV mit einem Rohölpreis von „30, 40, 50 Dollar“ pro Fass. Der hohe Ölpreis mache sich bereits in rückläufigen Verbrauchszuwächsen bemerkbar, in einigen Jahren würden zusätzliche Förderkapazitäten auf den Markt kommen, meinte er. Voraussetzung für ein solches Szenario sei freilich, dass „politisch nichts Gravierenderes passiert“. ■

OMV mir modernster Landbohranlage Europas

Tägliche Öl- und Gasförderung soll in Österreich bis 2010 um 25 Prozent steigen

(EÖD) Die OMV Austria Exploration & Production GmbH, eine 100-prozentige Tochter der OMV Aktiengesellschaft und KCA DEUTAG, hat in Ebenthal in Niederösterreich die "modernste Landbohranlage Europas" in Betrieb genommen. Sie ermöglicht eine Erweiterungsbohrung, um das exakte Ausmaß eines Erdgasfundes im Umfang von 1,5 Mrd. Kubikmetern zu erheben. Die OMV plant ihre tägliche Öl- und Gasförderung von derzeit rund 40.000 Barrel Öläquivalent bis 2010 um 25 Prozent zu steigern.

Die österreichischen Explorations- und Produktionsaktivitäten, konzentriert auf das Wiener Becken im Weinviertel, bilden ein wichtiges Standbein der OMV in der weltweiten Öl- und Gasför-

derung: Rund 12 Prozent der weltweit von der OMV geförderten Öl- und Gasmenge werden in Österreich gewonnen. Ende 2005 wurden bei der Explorationsbohrung Ebenthal Tief 1 etwa 1,5 Mrd. Kubikmeter Reserven an Erdgas entdeckt.

Als wichtige Voraussetzung zur Entwicklung des Feldes wird nun mit der Bohrung Ebenthal Tief 2 das Fundausmaß konkretisiert. Unter Einbeziehung der neuen Ressourcen soll das gesamte Gasfeld Ende 2007 in Produktion genommen werden. Bereits im Mai des Vorjahres schlossen die OMV und die KCA DEUTAG einen Dreijahresvertrag für den Neubau einer hochmodernen Landbohranlage ab. Die Anlage wurde in Deutschland gefertigt und ist die erste ihrer Art. ■

C.A.T. oil steigert Umsatz

Niederösterreichischer Ölfeld-Dienstleister legt bei EBIT um 67 Prozent zu

(EÖD) Die in Frankfurt seit kurzem börsennotierte österreichische C.A.T. oil AG, einer der führenden Anbieter von Ölfeld-Dienstleistungen in Russland und Kasachstan, hat im ersten Quartal 2006 sowohl Umsatz als auch Ertragskraft deutlich verbessert. C.A.T. oil steigerte den Konzernumsatz um 19,4 Prozent auf 37,6 Mio. Euro (Vj: 31,5 Mio.), und zwar trotz überdurchschnittlich vieler Ausfalltage auf Grund des sehr kalten Winters, teilte das in Niederösterreich ansässige Unternehmen am Montag ad hoc mit. Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen

(EBITDA) legte um 45,2 Prozent auf 10,0 (6,9) Mio. Euro zu. Das Betriebsergebnis (EBIT) erhöhte sich in der Berichtsperiode um 67,5 Prozent auf 8,0 (4,8) Mio. Euro. Die EBIT-Rendite stieg somit von 15,1 Prozent im Vergleichszeitraum des Vorjahres auf 21,2 Prozent. Die positive Geschäftsentwicklung schlug sich auch im Ergebnis nach Steuern nieder. Das Unternehmen erhöhte den Periodenüberschuss nach Minderheitenanteilen auf 5,3 (3,5) Mio. Euro, was einem Anstieg von mehr als 50 Prozent entspricht. Das Ergebnis pro Aktie belief sich demnach auf 0,13 Euro. In

den ersten drei Monaten eines Geschäftsjahres liegt der Konzernumsatz von C.A.T. oil auf Grund der saisonalen Wetterbedingungen in Russland und Kasachstan in der Regel unter dem Jahresdurchschnitt der Quartale. In diesem Jahr fielen die Temperaturen in einigen Regionen, in denen C.A.T. oil aktiv ist, unter das Niveau von minus 50 Grad Celsius.

Als Folge mussten im Jänner die Arbeiten an einigen Bohrlöchern für 20 Tage ausgesetzt werden, das entsprach 15 Ausfalltagen mehr als im Vorjahresquartal. Die Monate Februar und insbesondere der März mit einem neuen Rekord an durchgeführten Fracturing-Jobs konnten diesen Ausfall jedoch zu großen Teilen kompensieren, so das Unternehmen. ■

Versorgungssicherheitspaket beschlossen

Belebung des Energiemarktes soll damit gewährleistet sein

(EÖD) Im Parlament wurde das so genannte Versorgungssicherheitspaket zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und Belebung des Wettbewerbs am Energiemarkt beschlossen. Damit werden Maßnahmen definiert, die einerseits das hohe Niveau der österreichischen Versorgungssicherheit im Strom- und Gasbereich auch künftig sicherstellen und zu einer Belebung des Wettbewerbs am Markt führen sollen. Künftig wird es für die Energiekonsumenten deutlich einfacher werden, Preise zu vergleichen. Das Gesetz verpflichtet die Unternehmen nämlich dazu, den reinen Energiepreis - also jenen Preis, der für einen Preisvergleich, der einem Lieferantenwechsel im Normalfall ja vorausgeht, ausschlaggebend wird - klar ausgewiesen sein muss. Aber nicht nur

auf den Energierechnungen müssen die Preiskomponenten künftig klar getrennt ausgewiesen werden. Dementsprechende Vorgaben gibt es nun auch für alle Angebote, Vertragsbestimmungen und sonstiges Informationsmaterial der Unternehmen. Das Gesetz sieht nun Mindestanforderungen an Rechnungslegung und Preisauszeichnung vor. Auch die Vorgabe, dass die Unternehmen ihre Kunden künftig über Preiserhöhungen drei Monate im Vorfeld informieren müssen, kann zu einer Belebung des Wettbewerbs beitragen. Kunden, die mit Preiserhöhungen ihres bestehenden Unternehmens nämlich nicht einverstanden sind, haben nun mit einer Frist von drei Monaten genügend Zeit, sich einen alternativen Lieferanten zu suchen. ■

Internationale Meldungen

Kampf um deutschen Gasmarkt

Liberalisierung lässt auf sich warten

(EÖD) Die Öffnung der deutschen Gasnetze gerät ins Stocken. Netzbetreiber und Netznutzer sind in heftige Diskussionen über ein Modell für den Zugang zu den Netzen verstrickt. Damit wird es immer unwahrscheinlicher, dass bereits zu Beginn des neuen Gaswirtschaftsjahres am 1. Oktober mehr Wettbewerb auf dem Gasmarkt Einzug hält. „Wenn die Bundesnetzagentur jetzt nicht rigoros eingreift, ist der Gasmarkt für den Wettbewerb auf Jahre verloren“, kritisiert der Bundesverband Neuer Energieanbieter (BNE), der die Interessen der Newcomer auf dem liberalisierten Gas- und Strommarkt vertritt. Für den Wettbewerb im nächsten Gaswirtschaftsjahr sei

es „kurz vor zwölf“. Der BNE befürchtet, dass sich die Wettbewerber der etablierten Gasversorger den Zugang zu den Netzen am Ende mit gerichtlicher Hilfe werden erstreiten müssen.

Die Bundesnetzagentur moderiert seit Monaten die Gespräche zwischen etablierten Gasunternehmen mit eigenem Netz, die im Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) zusammengeschlossen sind, und neuen Anbietern. Die neuen Anbieter kämpfen für einen möglichst uneingeschränkten Zugang zu den Netzen. Die bisherigen Vorstellungen des BGW sind nach Ansicht der neuen Anbieter völlig unzureichend.

„Was jetzt auf dem Tisch liegt, fällt hinter den Status quo zurück. Die Blockadehaltung des BGW muss aufhören“, sagte Thomas Mecke.

Unternehmen wie Nuon können bislang nur eingeschränkt die Netze der etablierten Gasversorger nutzen. Im Privatkundenbereich sind die neuen Anbieter bislang nicht aktiv. Die stark eingeschränkten Möglichkeiten der Nutzung fremder Netze erlauben lediglich die Belieferung von wenigen Großkunden. Die neuen Anbieter haben den Etablierten daher bislang nur rund 100 Großkunden abwerben können. Der stark reglementierte Netzzugang ist einer der Hauptgründe für

den eingeschränkten Wettbewerb auf dem Gasmarkt und gilt als eine der Ursachen für die hohen Gaspreise.

Das Ferngasnetz befindet sich in Deutschland in der Hand einiger weniger Betreiber. Marktführer Eon Ruhrgas sowie die Unternehmen Thyssengas, Wingas, VNG und BEB teilen sich den Markt untereinander auf. Neue Anbieter haben es schwer, ihr Gas bis zum Kunden zu bringen. Sie sind auf die Netze der Ferngasgesellschaften und der Stadtwerke angewiesen, die Gas bis zum Endkunden leiten. ■

Schweizer mit Gasversorgung zufrieden

Keine Probleme mit Zugang zu den Gasnetzen

(EÖD) Keine Probleme gibt es dagegen am Schweizer Gasmarkt. Seit dem Jahr 1964 gibt es gemäß Schweizer Rohrleitungsgesetz einen gesetzlichen Anspruch auf Durchleitung von Erdgas durch Dritte ins Hochdrucknetz. Für den Niederdruckbereich hat ein Bundesgerichtsurteil aus dem Strombereich wegweisenden Charakter. Es stellt sich dabei aber die Frage, ob sich dies auch preislich lohnt. In der Schweiz haben zwei Drittel

der Gesamtbevölkerung die Möglichkeit mit Erdgas versorgt zu werden, 30 Prozent nützen dieses Angebot.

Nach einer Studie sind die Schweizer mit ihren Erdgasversorgern sehr zufrieden. Der Bedarf wird ausschließlich durch Importe gedeckt, vor allem aus dem europäischen Raum. Der Anteil des russischen Erdgases liegt bei rund 20 Prozent. ■

Deutschland: Weiter Streit um Biodiesel

Kompromiss bei Besteuerung wird nach wie vor diskutiert

(EÖD) Die in der großen Koalition heftig umstrittene Steuerförderung von Biokraftstoffen soll nur leicht zu Gunsten von Ethanol und Pflanzenöl nachgebessert werden. Neben geringfügigen weiteren Korrekturen bleibt es dagegen bei der Vollbesteuerung für herkömmlichen Biodiesel aus Raps von 2010 an. Das sehen Kompromiss-Vorschläge vor, die eine Verhandlungsrunde von Steuerexperten aus SPD- und Unions-Frakturen in der Vorwoche erzielten. Der Kompromiss würde die Steuerzahler in diesem und im kommenden Jahr insgesamt 65 Mio. Euro kosten. In drei Wochen soll der Finanzausschuss dann in die abschließenden Beratungen eintreten und das Plenum in die Schlussdebatte. In Härtefällen soll es für ländliche Anlagenbetreiber neuartige Strukturhilfen geben, im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur. Mehr als 100 Parlamentarier von Union und SPD hatten die

Vorschläge von Finanzminister Peer Steinbrück zur Vollbesteuerung von reinem Biodiesel von 2010 an zurückgewiesen. Sie verwiesen auf die noch nicht erreichte Marktfähigkeit und auf Investitionen der Anlagenbetreiber. Die volle Diesel-Steuer liegt derzeit bei 47 Cent je Liter. Bleiben soll es bei den Biosprit-Mindestanteilen von 2 Prozent Ethanol und 4,4 Prozent Diesel für herkömmlichen Kraftstoff ab 2007.

Die Steuerbefreiung für reines Pflanzenöl als beliebter Kraftstoff bei Spediteuren soll bis Ende 2007 verlängert werden. Ab 2008 soll ein "realistischer" Steuersatz erhoben werden. Das Bundesfinanzministerium muss ihn auf der Basis von Übersubventionsrechnungen ermitteln. Zunächst waren 15 Cent ab 1. August 2006 vorgesehen. Zu diesem Termin soll die Besteuerung von reinem Biodiesel aus Raps nunmehr mit 9 statt der ge-

planten 10 Cent starten. Ab 2010 soll die Vollbesteuerung beginnen. Für Ökodiesel als Beimischung zu herkömmlichem Kraftstoff würde es bei den geplanten 15 Cent von September bis Dezember dieses Jahres bleiben, bis 2007 dann die volle Steuer gelten. Nur Bioethanol und synthetische Kraftstoffe sollen bis 2015 steuerbegünstigt bleiben.

Die Meinungsunterschiede scheinen damit aber noch nicht ausgeräumt zu sein. Insbesondere Abgeordnete des ländlichen Raumes und Umweltpolitiker der Koalitions-Fraktionen wollen den, von Finanzpolitikern erarbeiteten Kompromiss nicht mittragen. Gewichtige Teile von Union und SPD wollen vor allem eine stufenweise abnehmende, aber vor allem längerfristige Begünstigung von

reinem Biodiesel durchsetzen: die SPD bis 2015, der CSU-Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion Josef Göppel bis 2018.

Die Regierung setzt bei ihrer Politik Weg vom Rohöl verstärkt auf nachwachsende Biokraftstoffe. Diese waren bisher als Treibstoff zwar steuerfrei, ab Anfang nächsten Jahres wird dafür aber ein Beimischungszwang greifen. Benzin soll mit zwei Prozent Biosprit und Dieselkraftstoff mit 4,4 Prozent vermischt werden müssen. Dann aber wird der beigemischte Biosprit auch wie fossiler Brennstoff besteuert, was nach Einschätzung der Mineralölindustrie zu einem Kostenschub an der Tankstelle von rund drei Cent pro Liter führen kann. ■

Gasmärkte in SO-Europa mehr öffnen

Transparente Zugangsregeln für den Transit fehlen

(EÖD) Die europäischen Regulatoren für den Strom- und Gasmarkt (EREG) der südlichen und östlichen Länder der Europäischen Union haben am 1. Juni 2006 in Rom die neue Regionale Initiative für Süd und Südosteuropa gestartet, die die Gasmärkte der Slowakei, Tschechiens, Österreichs, Ungarns, Sloweniens, Italiens sowie Polen und Griechenland zu einem regionalen Gasmarkt näher zusammen bringen soll. "Das Hauptziel dieser Regionalen Initiative ist es, die Haupthindernisse für den Wettbewerb zunächst auf regionaler Ebene aufzuzeigen und in weiterer Folge durch eine verstärkte Zusammenarbeit der benachbarten Regulatoren abzubauen", erläutert der Geschäftsführer der österreichischen Energie-Control, Walter Boltz, der gemeinsam mit seinem italienischen Kollegen Alessandro Ortis den Vorsitz dieser Initiative inne hat. Die Initiative der Regulatoren decke sich auch mit der Wettbewerbs- und Versorgungssicherheitspolitik der Europäischen Kommission, die ja bereits mehr-

mals die Notwendigkeit zur raschen Entwicklung regionaler Energiemärkte betont habe. Nahezu die Hälfte der europäischen Gastransite geht durch die Länder der Süd-Südost-Region. "Das bedeutet, dass ein funktionierender Gas-Binnenmarkt nur dann entstehen kann, wenn grenzüberschreitende Gastransporte auf regionaler Ebene effizient organisiert sind.", meint Walter Boltz.

Die derzeitige Situation am europäischen Gasmarkt ist jedoch noch weit davon entfernt, diese Anforderungen zu erfüllen. Die Überprüfung des Verhaltens der Marktteilnehmer zeigt, dass transparente Zugangsregeln für den Gastransit noch in bedeutendem Ausmaß fehlen. Dadurch entstehen beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Systemen, die den effizienten Gasfluss beeinträchtigen könnten. Die noch bestehenden Hindernisse wurden unter anderem auch im Zwischenbericht der Branchenuntersuchung der Europäischen Kommission aufgezeigt. ■

Hypo finanziert weltgrößte Biodieselanlage

Neckermann baut für 200 000 t Biodiesel und 200 000 t Glycerin

(EÖD) Mit 24. Mai 2006 hat der Bau der weltgrößten Biodieselproduktionsanlage in Wittenberg-Piesteritz in Sachsen-Anhalt begonnen. Federführend für das 64 Mio. Euro Projekt ist die

Neckermann Renewables. Finanziert wird die deutschlandweit größte und weltweit zweitgrößte Biodieselanlage von der Hypo Group Alpe Adria. Die Biodieselanlage wird über eine jährliche Pro-

duktionskapazität von 200.000 Tonnen Biodiesel und 20.000 Tonnen pharmazeutisches Glycerin verfügen. Die Belieferung der Ölmühle, mit einer Produktionskapazität von 520.000 Tonnen Rapsaat pro Jahr, wird durch langfristige Lieferverträge mit deutschen Bauern bewerkstelligt. Bei der Biodieselanlage in Wittenberg handelt es sich nicht nur um die größte, sondern auch die erste Komplettanlage in Deutschland, was soviel bedeutet, dass eine Biodieselanlage und eine Ölmühle direkt nebeneinander an der Elbe entstehen. Somit geht der Prozess von der Saatannahme über die Aufbereitung der Saat hin zu Vorpressung und der Extraktion bis zur Rohölaufbereitung und damit der Biodieselgewinnung absolut

effizient vorstatten. Vorerst liegt der Schwerpunkt des Geschäfts auf der Lieferung an Raffinerien, die das Die Europäische Union hat in ihrer Biokraftstoff-Richtlinie festgelegt, dass alle Mitgliedsstaaten bis zum Jahr 2010 5,75 Prozent des Kraftstoffverbrauchs durch Biokraftstoffe ersetzen sollen. In Deutschland darf der herkömmliche (Mineralöl-) Diesel schon seit 2004 mit bis zu 5 Prozent vermischt werden - in den USA werden bereits bis zu 20 Prozent beigemischt. Aufgrund dieser Richtlinie wird sich der Bedarf an Treibstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen in den EU-Ländern von derzeit unter fünf Mio. Tonnen auf knapp 14 Mio. Tonnen pro Jahr beinahe verdreifachen. ■

Lukoil und Rosneft mit Gewinnsprung

Über 10 Mrd. blieben unter dem Strich über

(EÖD) Angesichts von Rekordpreisen auf dem Weltölmarkt haben Russlands große Ölfirmen 2005 große Gewinnsprünge verzeichnet. Bei Lukoil, dem größten russischen Ölkonzern, ist der Reingewinn um 51,7 Prozent auf 6,44 Mrd. US-Dollar (3,57 Mrd. Euro) nach US-Rechnungslegung geklettert. Der Umsatz ist im Vergleich zu 2004 um 64,8 Prozent auf 55,77 Mrd. Dollar gestiegen.

Die staatliche Ölfirma Rosneft wuchs 2005 dank

der umstrittenen Übernahme des größten Förderbetriebes vom Ölkonzern Yukos zur Nummer zwei im russischen Ölgeschäft. Mit 4,2 Mrd. US-Dollar (3,2 Mrd. Euro) blieben unter dem Strich rund 3,3 Mrd. mehr als im Vorjahr. 2004 hatte der Überschuss nur 873 Mio. betragen. Die Einnahmen wuchsen von 5,3 Mrd. auf knapp 24 Mrd. Dollar. Der russische Staat will in der zweiten Jahreshälfte 2006 einen Teil der Rosneft-Aktien an die Börse bringen. ■

Conoco plant Großinvestition in Wilhelmshaven

2 Mrd. für Ausbau der Raffinerie

(EÖD) Der US-Ölkonzern ConocoPhillips will mehr als 2 Mrd. Dollar (1,6 Mrd. Euro) in die Wilhelmshavener Raffinerie Gesellschaft (WRG) investieren.

Conoco plant derzeit den Bau der modernsten und umweltfreundlichsten Anlage dieser

Art in Europa, sagte Europa-Chef Mike R. Fretwell. Das Projekt müsse noch vom Konzernvorstand in Houston (Texas) genehmigt werden. Der Ölkonzern hatte die WRG Anfang März von der britischen Louis Dreyfus Holding übernommen. ■

Total investiert in Saudi-Arabien

Sechs Mrd. für Raffinerieausbau

(EÖD) Der französische Öl-Konzern Total und Saudi-Arabiens Aramco haben einen Vertrag über den Bau einer Raffinerie im Wert von sechs Mrd. Dollar (4,70 Mrd. Euro) abgeschlossen. Die exportorientierte Anlage mit einer Kapazität von 400.000 Barrel pro Tag soll in Jubail entstehen.

Das Joint Venture gehört zu 35 Prozent Total und zu 35 Prozent Aramco. Bis zu 30 Prozent sollen von der saudi-arabischen Bevölkerung gehalten werden. Insgesamt sollen innerhalb von fünf Jahren 50 Mrd. Dollar ausgegeben werden, um die Raffinerie-Kapazität zu erhöhen. ■

Schweden will Vorbild sein

Abhängigkeit von fossiler Energie soll bis 2020 beendet werden

(EÖD) Ministerpräsident Göran Persson will Schweden von der Abhängigkeit von Fossilenergie bis 2020 befreien und so der Welt als kleines Land ein Musterbeispiel liefern, kündigte Persson bei der Welt-Bioenergiekonferenz in Jönköping, Schweden, an. Persson nannte für diese Entscheidung drei Hauptgründe:

► Der drohende Klimawandel erfordert eine weltweite Solidarität gerade der reicheren Länder mit den ärmeren, die am stärksten von Naturkatastrophen bedroht sind. Diese tiefe moralische

Verpflichtung verlangt von uns den allmählichen Verzicht von Öl und Gas.

► Es darf nicht sein, dass die heutige Generation das Klima zerstört und damit unseren Kindern eine schlechtere Welt übergibt, als jene, die wir von unseren Vorfahren übernommen haben.

► Die Sicherheit der Energieversorgung steht auf dem Spiel, wenn wir uns weiter auf ein steigendes Angebot an fossiler Energie verlassen und gleichzeitig übersehen wie empfindlich wir bei jeder Versorgungs-Unterbrechung und bei Preissteigerungen reagieren. ■

Orlen übernimmt litauische Öltraffinerie

Yukos kassiert für 53,7 Prozent an Mazeikiu 1,17 Mrd. Euro

(EÖD) Der polnische Erdölkonzern PKN Orlen übernimmt von Yukos International, einer Tochter des russischen Ölkonzerns Yukos, 53,7 Prozent der Anteile an der litauischen Öltraffinerie Mazeikiu Nafta. Der Kaufpreis beträgt 1,492 Mrd. Dollar (1,166 Mrd. Euro). Die litauische Regierung will dem polnischen Unternehmen weitere 30,66 Prozent an Mazeikiu um 851,83 Mio. Dollar verkaufen und später das restliche, noch im Staatsbesitz verbliebene Aktienpaket von 10 Pro-

zent. Für den Deal ist aber noch die Zustimmung des litauischen Parlaments notwendig. Als weitere Interessenten an der Raffinerie galten im Vorfeld auch der russische Erdölkonzern Lukoil, die kasachische KazMunayGaz und das britisch-russische Joint Venture TNK-BP. Mazeikiu Nafta hat im Vorjahr einen Nettogewinn von 885,71 Mio. Litas (257 Mio. Euro) eingefahren, um 22,8 Prozent mehr als 2004. Das Unternehmen ist an der Börse in Vilnius gelistet. ■

Neue Pipeline von Kasachstan nach China

1000 Kilometer lange Leitung als erster Teil von geplanten 3000 km

(EÖD) Über eine neu eröffnete Pipeline ist in der Vorwoche erstmals Öl von der zentralasiatischen Republik Kasachstan nach China geleitet worden. Die 1000 Kilometer lange Leitung verbindet die Städte Atasu in Zentral-Kasachstan und Alashanku in der westchinesischen Region Xinjiang. Durch die Leitung sollen jährlich bis zu 20 Mio. Tonnen Rohöl nach China geliefert werden. Wegen des Wirtschaftswachstums ist der Ener-

giehunger der Volksrepublik in den letzten Jahren rasant gestiegen; allein im vergangenen Jahr wurden 130 Mio. Tonnen Öl importiert. Die Pipeline ist Teil einer 3000 Kilometer langen Leitung, die China Zugriff auf die Ölvorkommen am Kaspischen Meer und Kasachstan die Steigerung seiner Ölexporte sichern soll. Nach Angaben der kasachischen Behörden soll die gesamte Leitung im Jahr 2011 fertig gestellt sein. ■

China erhöht Preis für Benzin um 10 Prozent

Raffinerien sollen ihre Verluste etwas abbauen

(EÖD) Nun hat auch China auf die hohen Ölpreise reagiert und das ausgesprochen tiefe Preis-

niveau etwas korrigiert, und den Preis für Benzin, Diesel und andere Ölprodukte um rund zehn Pro-

zent erhöht. Die Regierung begründete die Verteuerung mit den "weit unter den internationalen Notierungen" liegenden inländischen Preisen. Der Ölpreis hält sich seit längerem im Bereich von

rund 70 Dollar (54,5 Euro) für ein Fass (159 Liter). Bereits im März hatte die Kommission den Preis um rund sechs Prozent erhöht. Chinas Raffinerien können nicht kostendeckend arbeiten. ■

Verkauf von Anteil an Tüpras-Raffinerie illegal

Verstoß gegen die Wettbewerbsregeln

(EÖD) Ein Gericht in Ankara erklärte den Verkauf von knapp 15 Prozent des Raffineriebetriebes Tüpras für illegal. Der Verkauf der Tüpras-Anteile an den israelischen Geschäftsmann Sami Ofer für rund 450 Mio. Dollar (350 Mio. Euro) im vergangenen Jahr habe gegen Wettbewerbsregeln

verstoßen und sei nicht zum Wohl der Öffentlichkeit gewesen. Die OMV hatte sich vergangenen Herbst aus dem Bieterverfahren um eine 51-Prozent-Mehrheit am türkischen Raffineriekonzern Tüpras (Türkiye Petrom Rafinerileri A.S.) zurückgezogen. ■

Reaktionen

Arbeiterkammer nimmt zur „Fehlentwicklung“ Biodiesel Stellung

(EÖD) Der Erdöldienst hat sich kritisch mit der Argumentation der Arbeiterkammer zu Biodiesel auseinandergesetzt (Nummer 07/06). Das ließ die Arbeiterkammer nicht auf sich ruhen und sandte uns folgenden Leserbrief:

Da Sie Zweifel an unseren Berechnungen ausdrücken, ist es uns ein Anliegen, diese nochmals zu erklären. Dabei sei vorausgeschickt, dass die Berechnung der derzeitigen Mehrkosten nicht auf der Studie von Herrn Tribi basiert, sondern von uns durchgeführt wurde. Wir haben diese Daten gemeinsam mit der Studie präsentiert.

Gehen wir von Folgendem aus. Im Jahr 2004 wurden knapp 6 Mio. Tonnen Diesel verkauft, das entspricht etwa 7 Mrd. Liter, weiters: Die OMV gibt an, dass die Mehrkosten pro Liter Diesel mit 4,7 Prozent Biodieselbeimengung bei 1,9 Cent pro Liter liegen. Daraus ergeben sich die gesamten Mehrkosten: 7 Mrd. mal 1,9 Cent ergibt 133 Mio.. Durch die Steuererleichterung von 0,5 Cent pro Liter im Vergleich zum Steuersatz vor dem 1.10.05 trägt der Bund 35 Mio. dieser Kosten, den Rest von 98 Mio. zahlen die Konsumenten durch einen höheren Dieselpreis.

Diese Berechnungen gehen von den Mengen des Jahres 2004 aus, natürlich ist der Verbrauch mittlerweile etwas gestiegen, doch die Größenord-

nungen bleiben gleich. Weiters sind wir – aufgrund von Angaben der Mineralölindustrie – davon ausgegangen, dass gar kein Diesel ohne Biodieselbeimengung mehr in Verkehr gesetzt wird. Unter diesen Voraussetzungen können wir nicht erkennen, weshalb die obige Berechnung nicht seriös sein sollte.

Natürlich stimmt es nicht, dass der Steuerzahler diese Kosten zu tragen habe, das haben wir aber auch nicht behauptet. Wir haben vielmehr die oben angeführte Kostentragung – 98 Mio. von den Dieselskonsumenten, 35 Mio. durch verringertes Steueraufkommen – klargestellt.

Selbstverständlich haben Sie Recht, dass Fahrzeuge nicht mit Fernwärme betrieben werden können, auch das wir nicht behauptet. Vielmehr geht es um die Frage, welche Maßnahmen am effizientesten zur Verringerung von CO₂-Emissionen geeignet sind. Mit Biotreibstoffen wird einer der teuersten Wege beschritten. Unser Vorschlag ist so zu verstehen, dass die 133 Mio., die nun in die Biodieselbeimengung fließen, besser in alternative Maßnahmen investiert werden sollten, die weit mehr für den Klimaschutz bringen. Darüber, wie in diesem Fall die 133 Mio. aufgebracht werden, haben wir keine Aussage gemacht.

An ein weiteres Argument für den Biodiesel wird die steigende Versorgungssicherheit angeführt. Um zu zeigen, dass dieses Argument nicht stichhaltig ist, haben wir auf die weiterhin bestehende Importabhängigkeit hingewiesen. Welche Auswirkungen eine Erzeugung in den neuen EU-Ländern haben wird, wird unter anderem von der Wirkung der Neugestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik abhängen. Eine Förderung der Landwirtschaft in diesen Staaten ist wohl wünschenswert, doch ist uns hier das Hemd näher als der Rock, weshalb wir die Schaffung von Arbeitsplätzen in Österreich vorziehen.

Maria Kubitschek
iV des Direktors

Wenn man immer argumentieren würde, dass einem das eigene Hemd näher als der Rock ist könnten wir in der EU einpacken. Dann dürfte Österreich als Nettozahler in der Ge-

meinschaft einen falschen Weg gegangen sein. Noch einige Anmerkungen zu den Zahlen der AK. Nehmen wir einmal an, dass die Mehrkosten für die Biodieselbeimischung wirklich 1,9 Cent pro Liter sind (ein guter Kaufmann neigt in solchen Fällen meist zur Übertreibung), dann heißt das ja noch lange nicht, dass diese Kosten auch auf dem Markt untergebracht werden können. Es ist auch nicht ganz verständlich warum jedermann bei den Einfahrten zu Shell- und BP-Tankstellen von einem Spezialdiesel zu lesen ist, der nach eigenen Angaben recht gut verkauft wird (über 10 Prozent des Dieselabsatzes) und es zu keinen Mehreinnahmen durch den erhöhten Mineralölsteuersatz kommt.

Der in Abrede gestellt Ausdruck „Steuerzahler“ ist der offiziellen APA-Meldung über die AK-Pressekonferenz zu entnehmen. Da es keine diesbezüglich Entgegnung seitens der AK gab, war davon auszugehen, dass dieser Ausdruck gebraucht wurde. ■

Personalia

e-Control Kommission für weitere 5 Jahre wiederbestellt

Unabhängiges Kollegialorgan für Regulierungsaufgaben

(EÖD) Die bisherigen Mitglieder der Energie-Control Kommission wurden für weitere fünf Jahre wieder bestellt. In der Kommission tätig sind Wolfgang Schramm als Vorsitzender, Georg Donaubauer und Ditmar Wenty als Mitglieder der Kommission sowie Friedrich Jensik, Franz Urban und Achim Kaspar als Ersatzmitglieder der e-Control Kommission. Die e-Control Kommission ist ein Kollegialorgan mit richterlichem

Einschlag, deren Mitglieder bei der Ausübung ihres Amtes weisungsfrei sind. Zu den wesentlichsten Aufgaben zählen die Bestimmung der Systemnutzungstarife, die Genehmigung der Allgemeinen Bedingungen der Netzbetreiber, die Entscheidung von bestimmten Streitigkeiten zwischen Marktteilnehmern sowie die Entscheidung über Berufung gegen Bescheide der e-Control. ■

Brent Blend Rohöl Futures

Dollar je Barrel (International Petroleum Exchange IPE, London)

MONAT	2.6.2006	1.6.2006	31.5.2006	30.5.2006	29.5.2006
Juli	71,03	69,39	70,41	71,05	70,59
August	71,89	70,29	71,20	71,81	71,23
September	72,51	70,94	71,79	72,38	71,77
Oktober	72,97	71,40	72,23	72,76	72,15

MONAT	26.5.2006	25.5.2006	24.5.2006	23.5.2006	22.5.2006	19.5.2006	12.5.2006
Juli	70,59	70,71	69,22	71,00	69,35	68,68	72,79
August	71,23	71,27	69,82	71,59	69,98	69,36	73,34
September	71,77	71,74	70,35	72,09	70,53	69,94	73,78
Oktober	72,15	72,09	70,76	72,48	70,98	70,40	74,11

Gasöl Terminmarkt (London / IPE)

Jeweils Tagesschlusskurs (Mittelkurs) in Dollar/Tonne, Basis: 100 Tonnen.

MONAT	2.6.2006	1.6.2006	31.5.2006	30.5.2006	29.5.2006
Juni	627,75	627,50	619,25	637,00	631,25
Juli	632,50	632,00	623,50	640,50	635,75
August	639,25	638,50	629,75	646,75	642,25
September	646,25	645,75	636,50	653,00	649,00

MONAT	26.5.2006	25.5.2006	24.5.2006	23.5.2006	22.5.2006	19.5.2006	12.5.2006
Juni	619,00	619,00	622,00	631,00	604,75	607,25	646,00
Juli	623,25	623,25	626,25	635,00	609,75	612,25	652,00
August	629,75	629,75	633,00	641,75	617,00	619,00	658,50
September	636,75	636,75	640,00	648,25	624,25	626,00	664,75

Quelle: IPE

Erdöldienst, Fachinformation für die Energiewirtschaft

Medieninhaber Herausgeber: „Erdöldienst“ Zeitschriftenverlagsges.m.b.H., A-1045 Wien, Wiedner Hauptstraße 63 / Zi 4209

Redaktion: Dkfm. Dieter Friedl, A-2372 Gießhübl, Perlhofgasse 30, Telefon: 0699-14111512, e-mail: d.friedl@aon.at

Verwaltung, Abo u. Vertrieb: Franziska Willig, Telefon: 0590900-4892, Fax: 0590900-4895, e-mail: f.willig@aon.at

Erscheinungsweise: vierzehntägig (26 Ausgaben im Jahr) per Post oder per E-Mail im PDF-Format. Bezugspreis: € 135,- pro Jahr zuzüglich Porto bei Postversand (Porto Inland: € 19,50, Ausland: € 28,60-); E-Mail- und Postversand € 180,- zuzüglich Porto. Preise bei Mehrfachnutzung im E-Mail-Bezug: 2-5 Nutzer € 270,-, 6-10 Nutzer € 540,-, > 10 Nutzer Preis auf Anfrage. Alle Preise zuzüglich Umsatzsteuer. UID-ATU: 14917107. Die Weiterverarbeitung über Kopien – auch elektronisch – ist urheberrechtlich nicht gestattet. Abbestellungen schriftlich bis 30 Tage zum Ende eines Kalenderjahres.